

# Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Nbr.: 1. Tagesblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger  
Postfach-Konto Dresden 21 98. Giro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezogener  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pul; amtlich 1 mm  
30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangswise Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleintrittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 199

Mittwoch, den 27. August 1930

82. Jahrgang

## Amlicher Teil

### Öffentliche Bekanntmachung

Am 1. September 1930 wird in Pulsnitz eine Stempelsteuereinnahme errichtet. Sie  
befindet sich Schießstraße 14. Verwalter ist Herr Georg Nische.

Finanzamt Kamenz den 26. August 1930

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Guts- und Fuhrwerksbesizers  
Paul Arthur Eißold in Friedersdorf Nr. 9 ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Ver-  
walters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung  
zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht ver-  
wertbaren Vermögensstücke — sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Aus-  
lagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses — der  
Schlichtertermin auf den

19. September 1930, vormittags 1/11 Uhr

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz anberaumt worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 26. August 1930.

### Grundsteuer auf das Rechnungsjahr 1930

Durch die Notverordnung vom 7. August 1930 hat das Gesamtministerium die Gel-  
tungsdauer der am 31. Dezember 1927 maßgebenden Einheitswerte auch auf die Grundsteuer  
des Rechnungsjahres 1930 ausgedehnt.

Die Grundsteuer ist sonach in der bisherigen Höhe an den gesetzlichen Zahlungsterminen  
(15. April, 15. Juli, 15. Oktober 1930 und 15. Januar 1931) weiter zu entrichten.

Steuerbescheide auf 1930 werden gemäß Ausführungsverordnung vom 8. August 1930  
nicht aufgestellt

Pulsnitz, am 26. August 1930.

Der Stadtrat

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg haben im

## Hugenberg an die deutsche Jugend

Das Gesetz über die Reichsreform entworfen

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheim-  
rat Hugenberg, wendet sich jetzt in einem besonderen  
Aufruf an die deutsche Jugend. Es heißt darin u. a.: „Von  
dem Reiche unserer Väter führt eine Brücke zur Gegenwart.  
Roch sind ihre Pfeiler stark genug, den Weg in eine bessere  
Zukunft zu weisen. Wenn wir Alten heute Schulter an  
Schulter mit der Jugend noch stehen, so geschieht es, um die  
Verbindung mit der großen Vergangenheit nicht abreißen zu  
lassen. Wir wollen den Geist und die Kräfte pflegen,  
die unser Vaterland einst zur Größe führten. In diesem  
Geiste reichen wir der Jugend die Hand, damit sie ihre  
freien Kräfte daransehe, das Erbe der Väter zu retten. Um  
der Jugend willen und mit der Jugend führen wir den  
Kampf gegen das herrschende System, dem in dem arbeits-  
losen Meer von drei Millionen deutscher Volksgenossen ein  
fürchterlicher Ankläger erwachsen ist. Den Parteien der Mitte,  
und dem Mangel an Kampfeswillen ist es zuzu-  
schreiben, daß der Marxismus sich an der Herrschaft  
halten konnte. Die wahrhaft konservativen Kräfte, die  
den deutschen Staat erhalten wollen und daher den Partei-  
staat von heute bekämpfen müssen, sind in unserem Lager.  
Nur mit national-revolutionärem Angriffsgedanken, der sich paart  
mit wirtschaftlicher Vernunft und mit der Erkenntnis, daß  
die wirtschaftlichen Grundlagen des Staates auf der Un-  
antastbarkeit des sittlich erworbenen Privateigentums be-  
ruhen, können die brandenden Wogen der marxistischen  
Revolution bezwungen werden. Die kommenden Geschlechter  
werden sich niemals durch Verträge gebunden halten, die auf  
der Kriegsschuld beruhen. Der Kampf des Volksbegeh-  
rens und des Volkseigentums um das deutsche Freiheitsgesetz  
ist nicht vergeblich geführt.“

### Das Gesetz über die Reichsreform entworfen.

Wie man erfährt, liegt den Ministerien jetzt aus Kreisen  
der Länderkonferenz ein fertig ausgearbeiteter Entwurf  
eines Gesetzes über die Reichsreform vor.

Das Gesetz gliedert sich in zwei Teile, nämlich die dau-  
ernden Änderungen der Reichsverfassung,  
und einmalige Ueberleitungsvorschriften.  
Die dauernden Änderungen sind gering an Zahl. Besonders  
bemerkenswert und für die weitere Auseinandersetzung vor-  
teilhaft ist es, daß darin kein Name eines Landes genannt  
wird, genau, wie auch die heutige Verfassung die Länder nicht  
aufzählt. Die wichtigste Änderung ist der neu einge-  
fügte Artikel 119a der Weimarer Verfassung,  
der besagt, daß die Vorschriften über die bisherige Zuständig-  
keitsverteilung zwischen Reich und Ländern nicht gelten für  
„Länder vereinfachter Verwaltungsform“. Diese Länder, für die auch der Name „Länder verstärkter Ge-  
meinschaft“ zur Wahl gestellt wird, haben Gesetzgebungsrecht  
nur, so weit es ihnen vom Reich übertragen wird. Ihre Ver-  
fassung wird durch Reichsgesetz bestimmt, ebenso ihre  
Grenzen untereinander.

Die Justiz steht dem Reiche zu, ferner nach einem  
Artikel 101a der Verfassung in höchster Instanz Polizei,  
Gemeindeaufsicht, Gewerbeaufsicht, Kir-  
chen- und innere Schulangelegenheiten. Die  
Verfassung stellt es allen Ländern frei, zur vereinfachten Ver-  
waltungsreform überzugehen.

Im zweiten Teil, der nicht in den Verfassungstext selbst  
übergeht, wird ausgeprochen, daß

### die bisherigen preussischen Provinzen

und die Länder Thüringen, Hessen, Hamburg,  
Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braun-  
schweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck,  
Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe  
vorbehaltlich der territorialen Neugliederung sofort solche  
Länder vereinfachter Verwaltung werden.

Die Reichsregierung übernimmt unter entsprechender Er-  
weiterung zugleich die preussischen Ministerien und die preu-  
ssische Staatsverwaltung, während in den anderen vereinfach-  
ten Ländern die Landesminister sich in Landesdirektoren  
verwandeln. Weitere Ueberleitungsvorschriften und Vor-  
schriften über Dezentralisation schließen sich an, darunter eine  
Vorschrift, daß der Landtag während einer Uebergangszeit  
für besondere Aufgaben bestetzt bleibt.

Die laufende Gesetzgebung wird, bis der Reichstag sie  
übernehmen kann, von der Reichsregierung mit dem durch  
Erweiterung des preussischen Landtages gebildeten Gemein-  
schaftlichen Landtag befohrt.

### Hindenburg und der Wahlkampf.

Die Deutsche Volkspartei hat in einem Schrei-  
ben vom 23. August, das von Reichsminister a. D. Dr. Scholz  
unterzeichnet ist, der Deutschen Staatspartei mitgeteilt, daß  
sowohl die konservative Volkspartei wie die Wirtschaftspartei  
erklärt hätten, es sei ihnen nicht möglich, an dem  
Wortlaut des bereits veröffentlichten gemeinsamen Auftrages  
Änderungen vorzunehmen. Dr. Scholz schloß sich dieser Er-  
klärung an. Die drei Parteien sind also nicht bereit, den  
Namen des Reichspräsidenten, wie dieser es selbst wünscht,  
aus dem Wahlkampf herauszulassen. Die Deutsche Staats-  
partei hat deshalb in ihrem Hauptaktionsauschuß beschlossen,  
folgendes Schreiben an die Deutsche Volkspartei zu richten:  
„In Verantwortung Ihres Schreibens vom 23. August  
teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die Deutsche Staatspartei  
von ihrem Standpunkt, daß der Reichspräsident nicht in  
den Wahlkampf gezogen werden darf, unter keinen Um-  
ständen abgehen kann. Mit vorzüglicher Hochachtung  
Deutsche Staatspartei, gez. Artur Mahraun.“

### Steuerentwässerungspläne der Reichsregierung.

Das Reichskabinett beriet am Dienstag über finanz-  
politische Fragen. Der Reichsfinanzminister hat im Kabinett  
ein Steuerprogramm entwickelt, das eine Steuerentwässerung zum  
Ziele hat. Es verlautete, daß die Regierung den Versuch  
machen wolle, die Realsteuern, insbesondere die Ge-  
werbesteuer, zu senken, und zwar dadurch, daß auf  
Grund von Vereinbarungen mit den Länderregierungen den  
Gemeinden noch mehr Mittel aus der Hauszinssteuer zur  
Verfügung gestellt werden, ohne daß die Gemeinden ge-  
zwungen sind, diese Mittel für den Hausbau zu verwenden.  
Dieser Plan hängt damit zusammen, daß man

### die aus öffentlichen Mitteln hergestellten Neubauten

künftig sehr sparsam einrichten,  
Zweizimmerwohnungen mit ganz kleinen Räumen bauen,  
und Mittel, die dabei erspart werden, für die Verwaltungs-  
bedürfnisse der Gemeinden verwenden will. — Die Meldung,  
daß das Reichskabinett eine Erhöhung der Lohnsteuer und der  
Einkommensteuer beabsichtige, wird entschieden vom Reichs-  
kabinett dementiert.

## Das Wichtigste

In der Dienstagmittagsziehung der 5. Klasse der Preussisch-Süb-  
deutschen Klassenlotterie wurde, wie die Vossische Zeitung berichtet,  
das Große Los gezogen. Der Gewinn von 500 Mark fiel auf die  
Nummer 374 216.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien ist in der am 18. Au-  
gust zu Ende gegangenen Woche seit der Vorwoche um 32 780 auf  
2 170 959 zurückgegangen. Im Vergleich zu derselben Zeit des  
Vorjahres ist sie jedoch um 856 673 höher.

## Diktatur in Polen?

Der Rücktritt der polnischen Regierung Slawek hat  
von neuem das Augenmerk auf unseren Nachbarstaat im  
Osten gelenkt. Die Verhältnisse der polnischen Innenpolitik  
sind von Woche zu Woche, von Monat zu Monat immer un-  
klarer, immer undurchsichtiger, immer verworrener geworden.  
Daß es eines Tages zu einem Kabinettswechsel kommen  
würde, um wieder Linie in die polnische Innenpolitik hinein-  
zubringen, damit mußte man rechnen. Der plötzliche Rück-  
tritt Slaweks aber ist eine Ueberraschung.

Der Staatspräsident hat sofort den Marschall Pilsudski,  
der seit zwei Jahren es vorzog, vom Hintergrund aus die  
politische Entwicklung zu beeinflussen, damit betraut, an die  
Spitze der Regierung zu treten. Pilsudski ist diesem Ruf ge-  
folgt. Eine andere Lösung gibt es nicht. Pilsudski wird nun-  
mehr die Diktatur wieder voll und ganz aufzurichten.

Um diese ganzen Vorgänge zu verstehen, muß daran er-  
innert werden, daß die innerpolnische Entwicklung der letzten  
Zeit ein konsequent beschrittener Weg zur Diktatur gewesen  
ist. Das Parlament, der Sejm, ist während seiner letzten  
Sitzungsperiode nicht ein einziges Mal zu einer Sitzung ge-  
kommen, geschweige denn zu verfassungsmäßigen, gesetzge-  
berischen Arbeiten. Zum Mai sollte er berufen werden, dann  
zum Juni. Die Berufung unterblieb. Pilsudski wollte nicht.  
Pilsudski will überhaupt kein Arbeiten mit dem Parlament.  
Pilsudski will allein die Diktatur. Der Protest der Opposi-  
tionsparteien, in welcher Richtung ihre Politik auch verlaufen  
mag, verhallt unbeachtet. Man geht darüber zur Tagesord-  
nung über. Der Sejmarschall, der Präsident des Parla-  
ments, ein alter Kampfgenosse des Marschalls, hat an Pil-  
sudski eine bringende Warnung gerichtet, dieses diktatorische  
Regime fortzuführen. In eindringlichsten Worten führte Da-  
janski dem Marschall die trostlose Lage in Polen vor Augen.  
„Das ganze Leben Polens“, so sagte der Redner, „steht heute  
im Zeichen der Not. Die Beamten und Regierungsfunktionäre  
hungern, die Kaufleute bankrotieren, die Fabriken schlie-  
ßen. Wer ist heute in Polen noch zufrieden? Und in dieser  
schweren Lage habe man dem Volke den Weg zu seiner Ret-  
tung verschlossen. Der Sejm ist geschlossen, die Regierung  
schweigt. Aber das Volk rast in wildem inneren Grimme.  
Bist es denn niemand, der dieser schredlichen Lage Herr wer-  
den könnte? Es ist ein Mann in Polen, von dem sehr viel  
abhängt. Dieser Mann ist Josef Pilsudski, der im Jahre 1926  
mit der Waffe die Regierung errungen hat und mit dem  
heutigen System das arme Land leitet. Von Josef Pilsudski  
hängt viel ab, um dieses furchtbare System zu ändern. Eine  
schwere Sünde ist es, seine Pflicht zu versäumen, und eine  
Sünde ist es, zu schweigen. Deshalb erfolgt dieser Appell  
an das Gewissen Josef Pilsudskis, daß er abstehe von dem  
jetzigen Regierungssystem in Polen, daß er das polnische  
Volk nicht wie ein im Kriege unterjochtes Volk regiere.“

Im Lande gärt es. Nicht zulezt auch bei den Bauern.  
Schon einmal im Sommer, in Krakau, hat man demonstriert  
und die Wiederherstellung der Verfassung, die Berufung des

